

Kritik an Einwanderungsressort

Die Union lehnt die Idee der Grünen für ein neues Ministerium für Zuwanderung, Gleichberechtigung und Teilhabe als Unfug ab.

Berlin (dpa). Unions-Fraktionsvize Thorsten Frei (CDU) hat die grüne Idee eines Ministeriums für Einwanderungsfragen als „absoluten Unfug“ zurückgewiesen. „Anstatt komplett überflüssige bürokratische Strukturen zu schaffen, muss Integration auch weiterhin eine Querschnittsaufgabe aller Ministerien sein“, sagte Frei. „Der Vorschlag, die Themen Zuwanderung und Identitätsbeziehung sowie Genderpolitik in einem Haus zu vereinen, geht voll an den Bedürfnissen unseres Landes vorbei.“

Die Grünen wollen Themen rund um Gleichberechtigung und Teilhabe in einem eigenen

Ministerium bündeln. „Dazu werden wir die Aufgaben zur Einwanderungsgesellschaft aus dem Innenministerium herauslösen“, heißt es im Wahlprogramm. Auf dieses Konzept hatte Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock in einem auf der Internetseite der Türkischen Gemeinde Deutschland veröffentlichten Video hingewiesen.

Gastarbeit im Unterricht

„Es ist gut, dass Frau Baerbock vor der Wahl die Maske fallen lässt“, sagte Frei. „Die Grünen sind eben keine Partei der Mitte, sondern ausschließlich getrieben von der eigenen Ideo-



Thorsten Frei (CDU) Foto: dpa

logie.“ Sie wollten „grenzenlose Migration nach Deutschland um jeden Preis“ und Hürden senken. Die Union hingegen ste-

he für „Maß und Mitte“. „Wir schützen mit unserem Asylrecht diejenigen, die verfolgt werden, und ermöglichen mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz auch die Migration in den Arbeitsmarkt.“

Baerbock plädierte in dem Video dafür, die türkische Zuwanderung nach Deutschland stärker in Unterrichtsmaterialien zu verankern. Die in den 1960er und 1970er Jahren als sogenannte Gastarbeiter hergekommenen Menschen und ihre Familien hätten die westdeutsche Gesellschaft „wirtschaftlich, kulturell, sozial und politisch maßgeblich mit geprägt“, sagte Baerbock.